Erscheint wöchentlich drei Mal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Vormittags. Vierteljährlicher Pränumerations-Preis für Einheimische 16 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 18 Sgr. 3 Pf.



Insertionen werden bis Montag, Mittwoch und Freitag Nachmittag 5 Uhr in der Rathsbuchdruckerei angenommen und kostet die einspaltige Corpus-Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

Organ für die Kreise Thorn, Culm und Strasburg.

№ 152. Donnerstag, den 24. Dezember. 1863.

Unsere geehrten auswärtigen Abonnenten ersuchen wir ergebenst, unser Blatt gefälligst rechtzeitig auf der Post bestellen zu wollen.

Die Redaction.

Thorner Geschichts-Kalender.

24. Dezember	1839.	Der Superintendent Eisenhauer stirbt.
25. „	1384.	Ludwig von Wafeln wird Comthur des hiesigen Ordensschlosses.
„ „	1688.	M. Gottfried Weiss wird zu St. Marien als Prediger eingeführt.
27. „	1831.	Die Gründung der Stadt (1231) wird gefeiert.
„ „	1849.	Der Justiz-Minister genehmigt die Einrichtung eines Schwurgerichts hierselbst.
28. „	1232.	Die Culmische Handveste wird ertheilt.
„ „	1831.	Der Gemeinde-Vorsteher Samuel Prowe stirbt.

Der deutsche Abgeordnetentag zu Frankfurt a. M.

Während das preußische Herrenhaus in einer Adresse an Se. Maj. den König Partei nahm für die Politik des Herrn v. Bismarck in der schleswig-holsteinschen Frage, tagten zur Berathung in derselben Angelegenheit 484 deutsche Volksvertreter am 21. d. zu Frankfurt a. M. Die Versammlung, welche in den weiten und gefüllten Räumen des Saalbaues stattfand, eröffnete Dr. Sigmund Müller aus Frankfurt. Da uns ausführliche Berichte über den Tag noch nicht vorliegen, so geben wir heute nur nachstehende Mittheilung.

Der Abgeordnetentag beschloß folgende Erklärung: Die wirksame Sicherung der Rechte Deutschlands in Schleswig-Holstein beruht auf der Lostrennung der Herzogthümer von Dänemark. Der Tod Friedrichs VII. hat ihre Verbindung mit Dänemark gelöst. Der Londoner Vertrag vom 8. Mai 1852 ist ohne die Zustimmung der Volksvertretungen und der berechtigten Agnaten zu Stande gekommen und vom deutschen Bunde nicht anerkannt; derselbe begründet kein Thronfolgerecht Christians XI. in Schleswig-Holstein. Kraft unzweifelhaften Rechtes ist Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg zur Erbfolge in den Herzogthümern berufen. Die Geltendmachung der Thronfolge Herzogs Friedrich ist zugleich Geltendmachung der Rechte Deutschlands an Schleswig-Holstein. Hieraus entspringt Verpflichtung des deutschen Volkes für seine verletzte Ehre, für sein gefährdetes Recht, für seine unterdrückten Stammesgenossen und ihren rechtmäßigen Fürsten jedes nöthige Opfer zu bringen. Einmüthig in dieser Anschauung übernehmen die hier versammelten Mitglieder deutscher Landesvertretungen die Verpflichtung mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln in ihrem Wirkungskreise dahin zu streben, daß

1) wo und soweit dies nicht bereits erfolgt, das Recht Herzogs Friedrichs anerkannt, und die Anerkennung durch den Bund erwirkt werde;
2) ohne Rücksicht auf fremden Einspruch diesem Rechte Geltung verschafft, die Trennung der Herzogthümer von Dänemark vollzogen, ihre Selbstständigkeit und unzertrennliche Verbindung sofort hergestellt werde.

Sie verpflichten sich ferner, diejenigen deutschen Regierungen zu unterstützen, welche für das volle Recht der Herzogthümer ehrlich und thatkräftig eintreten und diejenigen Regierungen mit allen verfassungsmäßigen Mitteln zu bekämpfen, welche das Recht und die Ehre Deutschlands in dieser Sache preisgeben.

Sodann wurde nach bewegter Diskussion nahezu einstimmig nachstehender Antrag mehrerer Ausschußmitglieder angenommen: Die Versammlung bestellt einen Ausschuß von 36 Mitgliedern als Mittelpunkt der gesetzlichen Thätigkeit der deutschen Nation für die Durchführung der Rechte der Herzogthümer Schleswig-Holstein und ihres rechtmäßigen Herzogs Friedrich VIII. Der Ausschuß ist ermächtigt, eine aus einer kleinen Zahl von Personen bestehende Kommission für die geschäftliche Leitung einzusetzen. Der Ausschuß kann nach Lage der Umstände eine abermalige Versammlung von Mitgliedern der deutschen Landesvertretungen berufen. Der Abgeordnetentag nahm schließlich ohne Diskussion beinahe einstimmig folgenden Antrag an: Die Versammlung, im besondern Hinblick auf die schleswig-holsteinsche Angelegenheit hält es für Pflicht, für das wohlbegründete, unter den vorliegenden Umständen nicht länger abweisbare Recht der deutschen Nation auf eine allgemeine Volksvertretung, eines Parlaments und für die Nothwendigkeit der baldigsten Herstellung eines solchen sich feierlich auszusprechen. In den Centralausschuß wurden mit Cooptationsrecht gewählt: Ludwig Seger, Fetzer aus Würtemberg; Häusser, Bluntschli aus Baden; Sigmund Müller, Georg Varrentrapp aus Frankfurt; Lang aus Nassau; Metz aus Darmstadt; Nebelthau aus Kurhessen; Fries aus Weimar; Streit aus Koburg; Henneberg aus Gotha; Bennigsen aus Hannover; Miquel aus Göttingen; Vieweg aus Braunschweig; Pfeiffer aus Bremen; Godefroy aus Hamburg; Wiggers aus Holstein; Haberkorn, Mammen aus Sachsen; Carl Barth, Kolb, Völk Krämer, Fäustel aus Baiern; Rechbauer, Flechy, Groß aus Oesterreich; v. Unruh, Löwe, Schulze-Delitzsch, Franz Duncker, Hoverbeck, Twesten, Pauli, Sybel aus Preußen.

Landtag.

Herrenhaus. Sitzung am 21. Dezbr. Auf der Tagesordnung der Adreßentwurf des Grafen Arnim-Boytzenburg nebst Genossen. Die erheblichsten Stellen des Entwurfes sind folgende: Wenn auch die Ansichten darüber verschieden sein mögen, wer nach dem Ableben des Königs Friedrich VII. zur Regierung der Herzogthümer Schleswig und Holstein oder zu welchen Theilen derselben berechtigt sei, darin sind alle Parteien einig, daß das Ziel und die viel ältere Aufgabe der deutschen Regierungen die Sicherung der Rechte dieser Landestheile in Bezug auf ihre Verfassung ist. Die Successionsfrage wird vom deutschen Bunde zur Zeit als eine offene betrachtet. In der Verfassungsfrage aber schreitet der Bund durch seinen Beschluß vom 7. Dezember d. J., dem Vertragsbruch Dänemarks gegenüber, nach zehnjährigen Verhandlungen zur That. „Diese Maßregel soll und darf der Frage: wer nunmehr der rechtmäßige Herrscher der Herzogthümer sei? in keiner Weise präjudiciren. Niemand aber kann bestreiten, daß, wenn es sich um Lösung jener Frage und, falls Preußens Interesse dies rechtfertigt, um Durchführung derselben mit der Gewalt der Waffen handelt, Preußens Stellung günstiger sei, wenn Holstein von deutschen Truppen besetzt ist. . . .

„Das Herrenhaus geht von dem Grundsatze aus, daß, so wenig der Landesvertretung das Recht bestritten werden kann: auch in den Fragen der äußeren Politik ihre Wünsche und Ansichten der Krone gegenüber auszusprechen, dies nicht dahin führen darf diese Wünsche und Ansichten höher zu stellen, als die Pflichte der Krone die verfassungsmäßige Mitwirkung zur Beschaffung der zu jenem Zwecke nöthigen Mittel zu gewähren. Das Herrenhaus ist sich aber auch bewußt, daß jenem Rechte der Landes-Vertretung das ältere Recht der preußischen Könige, welches der Art. 48 der Verfassung aufs Neue bestätigt gegenüber steht: in Fragen der äußeren Politik, welche in der Regel die Frage über Krieg oder Frieden in ihrem Schooße tragen, selbstständig und endgiltig zu entscheiden.

„Auch das Herrenhaus würde mit Freuden einen deutschen Fürsten als Herrscher jener deutschen Länder begrüßen. Auch wir würden, wenn Ew. Kgl. Maj. nach Prüfung des Rechts und der europäischen Verhältnisse es im Interesse Preußens für gerechtfertig erachten sollten, jenem Wunsche des deutschen Volkes durch die preußischen Waffen Nachdruck zu geben, freudig die hiezu nöthigen Mittel gewähren.

Aber dies kann kein Grund sein, die Mittel zu versagen, welche zunächst zur Pflichterfüllung, gegenüber dem deutschen Bunde und nöthigenfalls zur Vertheidigung Preußens, erforderlich sind. — Wenn aber überdies, wie in dem vorliegenden Falle, ein Theil der Landes-Vertretung von der Krone die rücksichtslose Verfolgung dessen, was derselbe in diesem Streit nach seiner Auffassung für das Rechte erkennt, als eine Ehrenpflicht Preußens verlangt, so können wir darin nur eine Aufforderung mehr finden, der Krone auch die Mittel zu dem von ihr zunächst beschlossenen Schritt zu gewähren. Denn nicht das Interesse für das Recht eines oder des andern Prätendenten, sondern für das Recht deutscher Länder und deutscher Stämme kann jenem Verlangen zu Grunde liegen. Wer die Krone durch Versagung der erforderlichen Mittel zu andern Segen nöthigen Wegen nöthigen will, der greift in die Rechte der Krone ein; denn er stellt seinen Willen in Bezug auf die Wahl der Mittel, über den ihrigen. — „Das Herrenhaus hält endlich den Grundsatz fest und wird ihn hoffentlich nie verleugnen: daß, wo es sich um Wahrung von Preußens Ehre und Unabhängigkeit handelt, die Mittel dazu von der preußischen Landesvertretung niemals deshalb versagt werden dürfen, weil dieselbe, oder ein Theil derselben mit dem System der Staatsregierung im Innern nicht einverstanden ist, oder zu den Leitern der Staatsgeschäfte kein Vertrauen hegt. Denn es ist die erste Pflicht eines selbstlosen Patriotismus, alles dazu zn thun, damit nie und nimmermehr Zerwürfnisse im Innern zu einer Schwächung des Ansehens und der Kraft nach außen führen.

Unter den Abänderungen, welche die Adresse des Herrenhauses in der Kommission erfahren hat, ist folgende die erheblichste. In dem Entwurf wurde gegen den Schluß die Ueberzeugung ausgedrückt: „daß die Opferbereitschaft des preußischen Volks, wo es sich um die Ehre und die Pflicht Preußens, wie um den Schutz eines deutschen Bundeslandes gegen Vergewaltigung seitens Dänemark handelt, n ö t h i g e n f a l l s o h n e e i n G e s e t z jene Mittel gewähren werde.“ Die gesperrt gedruckten Worte sind von den Kommission gestrichen worden. Die heutige Verhandlung ergab übrigens durchaus nicht, welchen Weg das Herrenhaus der „Opferbereitschaft des preußischen Volkes“ eröffnen will, wenn das Abgeordnetenhaus die Anleihe verwirft. In diesem Punkte schien doch die Hauptbedeutung dieser ganzen Kundgebung des Herrenhauses zu liegen.

Abgeordnetenhaus. Bei der Adreßdebatte vom 18. sprach auch Abg. v. Unruh für den Erlaß einer Adresse. Er sagt unter Anderem folgendes: Die Erhaltung der Herzogthümer für Deutschland sei ein allgemeines Interesse, welches erfordere, daß Provinzen mit ihren Bewohnern nicht wie ein Rittergut mit seinem lebenden Inventarium abgetreten würden. Sie sei aber ganz besonders ein specifisch preußisches Interesse. Auch ein absolutes Preußen, einen Friedrich den Großen an der Spitze, würde eine Gelegenheit, die Herzogthümer für Deutschland zu gewinnen, nie versäumt haben. Oesterreich würde nicht die Politik der preußischen Regierung verfolgen, wenn es in der Lage Preußens wäre,

Es würde vielmehr im eigenen Interesse sicher so handeln, wie wir der preußischen Regierung jetzt zumuthen. Selbst die strategischen Rücksichten machten eine solche Handlungsweise für Preußen nothwendig. Es käme dazu die Rücksicht auf das Interesse des preussischen Heeres. Die preußischen Offiziere hätten 1848 und 1849 gefochten zur Seite der schleswig-holsteinischen Armee: die Scharte, die damals das preußische Heer erlitten, müsse ausgewetzt werden, und am wenigsten dürfe man unserem Heere und vielleicht einem preußischen Prinzen zumuthen, wieder solche Erfolge herbeizuführen, wie sie im Jahre 1852 erreicht seien. Preußen könne sich nicht mehr durch Kabinetskriege vergrößern, da die Selbstständigkeit der Völker sich nicht mehr wie Sachen behandeln lasse: es könne nur wachsen durch die Sympathien der deutschen Nation. Eine Parallele zwischen der Politik von 1852 und 1853 falle sehr zu Ungunsten der letzteren aus. Im Jahre 1852 sei Preußen bis zu einem gewissen Grade zu seiner damaligen Handlungsweise gezwungen worden, jetzt wolle die preußische Regierung in ganz ähnlicher Weise freiwillig verfahren. Dieses Verfahren würde noch weniger entschuldbar sein als die Preisgebung von Elsaß und Lothringen, denn damals hätten einem zerfahrenen Deutschland die besten Staatsmänner und Generale Ludwigs XIV. entgegengestanden: wir dagegen wollten zwei deutsche Länder an einen Staat von der Größe des Regierungsbezirks Breslau ausliefern. Bei energischem Vorgehen würde Preußen kein Hinderniß Seitens Englands oder Frankreichs erfahren. Nie seien für Preußen die Umstände so günstig gewesen als gegenwärtig. Und wenn auch Verwickelungen erfolgen sollten, so müsse man anerkennen, daß ohne Verwickelungen Preußen, nie aus seiner gegenwärtigen Stellung als Mittelstaat herausgerathen würde, und daß in dieser Beziehung die Lage für Preußen nie so günstig gewesen wie gegenwärtig. Die entgegengesetzte Politik sei gerichtet auf Wiederherstellung der heiligen Allianz. Dies sei das einzig erklärbar Ziel des Ministeriums, sonst sei seine Politik vollständig unklar. Eine solche Allianz, aber enthalte eine Herausforderung Frankreichs, wobei Preußen am meisten gefährdet werde. — Zum Schluß macht der Redner auf die jetzt häufig gehörte Parallele von 1848 und 1863 aufmerksam und bemerkt, daß die Revolution nicht durch einzelne Verführer oder Aufrührer hervorgerufen würde, sondern von den herrschenden Parteien, welche die Volksinteressen vernachläßigten und kränkten. Jetzt sei die Unzufriedenheit über unsere Zustände in allen Kreisen verbreitet, selbst in den höchsten. Wenn die Regierung es dahin bringe, daß sie deutsches Recht und Nationalgefühl kränke und uns Preußen über unsere Zustände und Politik die Schamröthe in's Antlitz steigen müsse, dann hätten nicht die Verführer, dann hätte die Regierung den Grund zur Revolution gelegt (Beifall). Mit Bezug auf die vorgehende Stelle betreffs der Armee, sagte der Kriegsminister: Es handle sich darum, die Interessen der Armee, ihre Ehre, als ein bestimmtes Moment für die politische Entschließung der Regierung hinzustellen. Es ist gewiß in der Armee allgemeiner Wunsch, thätig zu sein, das ehrenvolle Metier im Ernste auszuüben, wozu die Armee erzogen und geschult ist. Es fehlt der Armee nicht das Bewußtsein, daß man mit Recht von ihr Thaten verlangen kann. Aber sie ist sich der großen Thaten ihrer Väter wohl bewußt und brennt darauf, es ihnen gleich zu thun. Insofern kann ich wohl zugeben, daß ein Verlangen in der Armee ist, zum Kriege zu kommen. In der vorliegenden Frage ist dies gewiß ein sehr natürlicher und sogar ein recht dringender Wunsch in der Armee; aber darum handelt es sich nicht. Die Armee würde gern ins Feld gehen, ganz abgesehen von allen politischen Haarspaltereien. Deren bedarf es für sie nicht. Die Armee erinnert sich, daß sie dem Könige Treue und Gehorsam geschworen hat, in guten, wie in bösen Tagen. (Rechts, sehr richtig!) Was heißt nun: die Ehre der Armee ist verpfändet? Die Ehre der Armee ist ihre Integrität, ihr Ruf, ihre unbezweifelte Fähigkeit, in der Zeit Gut und Blut, Leib und Leben hinzugeben für die Sache, die sie vertritt. Wenn darin die Ehre einer Armee besteht, so sehe ich nicht ein, wie man davon reden kann, daß die Ehre unserer Armee verpfändet sei. Meine Herren, was man verpfändet, das hat man weggegeben, das gehört uns nicht mehr (Oh! Oh!), das müssen wir einlösen. Die Waffenehre der Armee ist nicht verpfändet, sie hat in den Jahren 1848 und 49 unerschrocken gekämpft, und wenn die Politik damals größere Erfolge ausschloß, so ist davon die Armee nicht berührt; sie trägt mit Recht den Kopf noch so hoch, wie vorher (Rechts, sehr richtig!) Die Ehre der Armee besteht in der Wahrung derjenigen Eigenschaften, welche eine Armee haben muß; eine Armee, die gehorsam, treu, tüchtig und tapfer ist, hat niemals ihre Ehre eingesetzt, ganz abgesehen davon, ob sie glorreiche Waffenthaten verübt, und ob die Erfolge der Politik der Regierung durch ihre That glänzend werden, oder nicht. Dem Kriegsminister erwiedere er (Abg Virchow) auf seine Frage, inwiefern die Ehre der preußischen Armee in Schleswig-Holstein verpfändet sei, daß für ihn (Redner) und seine Parteigenossen das Heer nach dem Gesetz von 1814 das Volk in Waffen sei, daß also auch das Heer und zwar noch mehr als das Volk im Ganzen, da ja das Heer der handelnde Theil sei, durch die frühere Politik in Schleswig-Holstein getroffen werde. Bei dem damaligen Feldzuge habe ein starkes preußisches Heer sich zurückgezogen vor einer kleinen dänischen Macht und sich mit dem Troste begnügen müssen, daß es nur ein diplomatischer Rückzug gewesen. Dieser Rückzug sei von der preußischen Regierung veranlaßt worden; die Armee habe nichts dazu gekonnt. Die Regierung habe deßhalb die Pflicht, dem Heere eine Entschädigung für seine gekränkte Ehre zu geben, — dem Heere, welchem man den Ruhm und das Ziel seiner Kämpfe aus Gründen hoher Politik genommen. Daß dies auch die Gesinnung des Heeres sei, bezeuge ein Artikel der „Militär. Blätter“, den der Ministerpräsident gleich darauf durch die „Nordd. Allg. Ztg.“ (Heiterkeit) widerlegen zu müssen geglaubt habe. Darin liege auch der Beweis, daß es sich hier nicht blos um die Politik der Kasernen handle, wie sie etwa der gemeine Mann, der Sohn des Volkes, mache, welcher gemeiniglich die Volkszeitung lese (Heiterkeit), sondern um Anschauungen, die bis in die höchsten militärischen Kreise reichten. Der Kriegsminister hätte sich sparen können, hier auseinanderzusetzen, worin die Armee ihre „Ehre“ zu suchen habe. Wir wollen dieser Armee nur eine neue Schmach ersparren; wir wollen nicht, daß sie von der zünftigen Diplomatie abermals zurückgeführt werde von dem schon errungenen Siege. Wir wünschen, daß Heer und Volk endlich gemeinsam gehen, auf daß sie in Gemeinschaft einen Sieg erfechteten, durch welchen die Ehre beider wiederhergestellt werde (anhaltendes Bravo).

Am Sonnabend (d. 19) Abend empfing Präsident Grabow von dem Herrn Ministerpräsidenten die Mittheilung, daß Se. Majestät der König die schriftliche Einsendung der Adresse wünsche. Der Ministerpräsident stellte zugleich anheim, die Adresse durch ihn oder direkt an den König gelangen zu lassen. Die Adresse ist hierauf an den Ministerpräsidenten zur Weiterbeförderung gesandt worden.

Politische Rundschau.

Zur Schleswig-Holsteinischen Frage. Der Einmarsch der Bundestruppen in Holstein ist jetzt auf den 23. d. festgesetzt. Nach der „Kreuzztg.“ sind am 20. d. in Berlin authentische Nachrichten aus Kopenhagen eingetroffen, nach welchen der Befehlshaber der dänischen Truppen in Holstein angewiesen ist, sich wegen des Rückzugs derselben mit den Bevollmächtigten des Bundes in Verbindung zu setzen. Hiernach scheinen sich die Mittheilungen mehrerer Blätter zu bestätigen, nach denen die Räumung in speziellem gegenseitigen Einvernehmen und in solcher Weise erfolgen würde, daß die dänischen Truppen überall baldmöglichst von deutschen ersetzt werden, um jeden Zwischenfall einer regierungslosen Pause zu verhüten. Auch sonst scheint man sich in Kopenhagen mit der Execution immer mehr auszusöhnen. Die in Hamburg erscheinende „Zeit“ veröffentlicht eine geheime Instruktion der holsteinschen Regierung in Plön, in welcher es unter Anderem heißt, daß wenngleich die gegenwärtig vom deutschen Bunde beschlossene Exekution als ein berechtigter Akt nicht angesehen werden könnte, es dennoch im Interesse sowohl Sr. Majestät des Königs, wie des Landes liegen werde, daß eintretenden Falls die loyalen Beamten des Herzogthums Holstein thunlichst ihre Funktionen innerhalb des ihnen Allerhöchst angewiesenen Wirkungskreises fortsetzen, die Zustimmung Sr. Majestät des Königs dazu erwirkt, daß es den die Regierung sortirenden Beamten gestattet werde, den an sie gestellten Anforderungen der Bundesautoritäten faktisch Folge zu geben. — Das „Dresdener Journal“ meldet, daß der sächsische Civil-Commissar für Holstein am 20. abgereist ist und die dänische Regierung die Räumung Holsteins angekündigt habe.

Aus Polen. Die oberste Leiterin der Revolution, die Nationalregierung, in Warschau hat sich wiederum verjüngt und mit neuer Energie ihre Thätigkeit fortzusetzen sich vorgenommen. In einem Aufrufe „An die Nation,“ der trotz aller Wachsamkeit der russischen Polizei große Verbreitung gefunden hat, wird dies ausgesprochen und zur Ausdauer im Kampf gegen die russische Regierung aufgefordert! Das Aktenstück ist vom 15. d. Mts datirt. Außer diesem Aufruf sind in der abgelaufenen Woche noch ein paar revolutionäre Tagesbefehle des Stadtchefs erschienen, deren Inhalt nicht von allgemeinem Interesse ist. Es ist also dem ganzen Polizei-Apparat nicht einmal gelungen, die geheime Presse zu unterdrücken, worauf sie so viel Kraft verwendete. Die Ankündigungen russischer Organe von der Unterdrückung der Revolution beweisen sich schon durch diesen einzigen Umstand als Täuschung.

München, 19. Decbr. Die offizielle „Bayerische Ztg.“ bringt ein Handschreiben des Königs an den Minister des Aeußern, v. Schrenck, vom 17. Decbr., worin die bisherige Politik des Ministeriums gebilligt und der im Bundesprotokoll niedergelegte Protest entschieden wiederholt wird; ferner werden darin die Erbansprüche des Erbprinzen von Augustenburg für rechtlich begründet erachtet und wird damit die Bereitwilligkeit für die Durchführung der hierdurch bedingten Politik und das Einstehen für die Rechte des Herzogthums und Deutschland erklärt. Der König hofft auf die Zustimmung aller Besonnenen, wenn er, seiner Bundespflicht getreu, dieses Ziel bei dem Bunde und durch denselben anstrebt.

Provinzielles.

Elbing. Die Urwahlen im Marienburger Kreise werden am 29. d. Mts. und die Wahlen der beiden Abgeordneten für die Kreise Elbing und Marienburg am 8. Januar k. J. durch den Wahl-Commissarius, Herrn Regierungsrath von Meusel, in Marienburg abgehalten.

— Den 22. Am vorigen Mittwoche beehrte Herr Wantrup unsere Stadt mit seinem Besuch, um in der sogenannten Bundeshalle vor seinen Verehrern einen Vortrag zu halten. Den Inhalt desselben bildeten die bekannten Verdächtigungen der Fortschrittspartei und der Majorität des Abgeordnetenhauses, die — wie in den Elbinger Anzeiger zu lesen — „ihre schroffe doch haltlose Opposition nur darauf gerichtet habe, die Macht der Krone zu schwächen, ja zu vernichten, um sich selbst in den Besitz derselben zu bringen“. Wir wollen annehmen daß Herr Wantrup nicht gegen besseres Wissen gesprochen hat und wirklich von der Wahrheit dieser Behauptung überzeugt ist; wenn dies aber der Fall ist, so beweist er, daß seine potitische Einsicht eine sehr geringe ist, und er in der Beurtheilung des jetzigen parlamentarischen Kampfes einen sehr niedrigen Standpunkt einnimmt, da er sonst wissen müßte, daß gerade die Fortschrittspartei ein starkes d. h. verfassungsmäßiges Königthum will. Herr Wantrup mag ein sehr guter Schulrath sein, aber ein guter Politiker ist er gewiß nicht; wie muß es in den Köpfen derjenigen Leute aussehen, die ihn als ihren Vertreter in die Kammer wählen! N. E. A.

Danzig, den 18. Dezbr. Es ist von verschiedenen Seiten die Bildung eines Central-Comitees in Sachen Schleswig-Holsteins auch für die Provinz Preußen iu Anregung gebracht. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Constituirung desselben so schnell als möglich vor sich gehe.

Bromberg, 17. December. (Bromb. Z) Der Kreisrichter S. zu Inowraclaw war angeklagt, einen Soldaten, welcher seinen Wagen auf der Rückkehr von einer Dienstreise revidiren wollte, Widerstand geleistet zu haben. Das Kreisgericht zu Inowraelaw hatte ihn freigesprochen. Das Appellations-Gericht hierselbst hat ihn dagegen heute unter Aufhebung des ersten Erkenntnisses zu 14 Tagen Gefängnißstrafe verurtheilt.

Lokales.

— **Personalia.** Herr Bückling, Beamter bei der hiesigen Kgl. Bank-Commandite ist nach Elbing an die dortige Kgl. Bank-Commandite mit dem Charakter als Kgl. Bank-Rendant und erster Vorsteher versetzt worden. — Da Herr Zeugfeldwebel Strunk die Annahme des Kastellan-Postens im Rathhause abgelehnt hat, so wählte d. 22. d. der Magistrat den ehemaligen Kreis-Feldwebel Herrn Clericus für besagte Stelle.

— **Zur Interpellation des Herrn v. Hennig.** Den Wortlaut derselben haben wir unseren Lesern bereits in v. Nnm. mitgetheilt; nachstehend folgt die Begründung. Abg. v. Hennig sagte, er habe gestern ein von 85 Bürgern der Stadt Lautenburg im Kreise Strasburg unterzeichnetes Schreiben erhalten, wonach dort die Civilbehörden ganz außer Kraft gesetzt sein sollen und von dem dortigen Kommandeur des Jägerbataillons Verhaftungen und Haussuchungen vorgenommen würden. Er hätte gewünscht, der Herr Minister hätte vorher Erkundigungen über die Thatsachen eingezogen, ehe er sich zur Beantwortung der Interpellation bereit erklärt, er

hoffe indeß, wenn ihm die Thatsachen noch nicht bekannt sein sollten, ihm durch seine Interpellation Gelegenheit zur Remedur zu geben. Es sei bei Gelegenheit der Wahlen mehrfach von Amtshandlungen des Landraths v. Young die Rede gewesen, die dem Hause wohl bereits ein Urtheil über denselben ermöglicht haben würden. Er würde, wenn der Minister später die Interpellation hätte beantworten wollen, denselben mit einer ganzen Reihe von ungesetzlichen Amtshandlungen des Landraths bekannt gemacht haben. Er wolle nur heute durch einige Beweise darthun, in welcher Weise derselbe seine Stellung auffasse. Er habe einen Brief des Abgeordneten Kreisrichters von Lyskowski in der Hand, den der Landrath v. Young auf der Post habe mit Beschlag belegen lassen, um ihn an das Kreisgericht zur Oeffnung zu senden. Dieses habe natürlich die Zumuthung von der Hand gewiesen. Bekanntlich habe derselbe Landrath den Kreisrichter v. Lyskowski auch verhaften lassen, es sei auch eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet worden, deren Resultat er nicht kenne. Landrath von Young habe nun die Polizei dem Major des Jägerbataillons übertragen. Redner verliest eine Verfügung des Landraths an den Magistrat in Lautenburg, in welcher derselbe angewiesen wird, den Requisitionen des Majors des Jägerbataillons Folge zu leisten. Er theilt einige Fälle mit, in welchen Personen, die er namentlich bezeichnet, obgleich sie nach Feststellung durch den Magistrat in erlaubten Geschäften sich nach Lautenburg begaben, verhaftet und ihnen ihre Papiere abgenommen sind, auf Befehl des Bataillons-Kommandeurs. Auch Haussuchungen seien von dem Militair vorgenommen worden ohne vorgängige Anzeige an den Magistrat. Der Redner citirt nun die einschlägigen Bestimmungen des Gesetzes zum Schutze der persönlichen Freiheit vom 12. Febr. 1850 betr. namentlich die Verhaftungen und die Haussuchungen und weist nach, daß die Requisition in den vorliegenden Fällen gefehlt, erklärt sich auch bereit, seine Beweismittel auf den Tisch des Hauses niederzulegen. Diese Gesetzesverletzungen wären weniger significant, wenn sie von einem Militair ausgegangen wären, von dem man bei seiner Nicht-Vereidigung auf die Verfassung nicht eine so genaue Kritik der bürgerlichen Gesetze verlangen könne, hier aber habe ein preußischer Landrath die Veranlassung zu solchen Gesetzwidrigkeiten gegeben. Er frage, mit welchem Rechte die königl. Regierung Gesetzwidrigkeiten Seitens der Bürger verfolgen könne, wenn die Behörde sich derartig über die Gesetze des Staats hinwegsetze. (Beifall).

Das vom Herrn v. Hennig im Abgeordnetenhause angeführte Schreiben des Landraths v. Young an den Magistrat zu Lautenburg lautet;

„Dem Magistrat wird in Folge des Berichts v. 13. d. M. die Weisung ertheilt, den in Bezug auf die politische Polizei an denselben ergehenden Requisitionen des dortigen Herrn Detachementr-Commandeurs strikte Folge zu leisten. Der genannte Hr. Commandeur handelt in Erledigung der ihm gewordenen, hier und da auch die Kreisbehörde berührenden Aufgabe für die letztere überall in meiner Vollmacht; seine einschlägigen Requisitionen und unseren diesseitigen Verfügungen gleich zu achten. Die entstehenden Kosten werden nach Maßgabe des Gesetzes getragen und kommen bei Handhabungen desselben nicht in Betracht. Straßburg, 14. Decbr. 1863.

— **Handwerkerverein.** In der Generalversammlung am Dienstag d. 22. d. wurde der neue Vorstand gewählt, und zwar die Herren: Engelhardt, Heins, C. Marquart, Gymnasiallehrer Müller, Jul Neumann, Orth, Dr. A. Prowe, G. Prowe, Schauenburg. Die Herren Gen.-Maj. a. D. v. Prittwitz und B. Meyer machten von ihrem statutenmäßigen Rechte Gebrauch und lehnten ihre Wiederwahl in den Vorstand für das nächste Verwaltungsjahr des Vereins ab. — Am nächsten Donnerstag (d. 31. d.) findet eine Soiree statt.

— **Die Provinzial-Versammlung** zur Berathung in der Schleswig-Holsteinschen Angelegenheit wird dem Vernehmen nach zu Danzig in den ersten Tagen des nächsten Monats statthaben.

— **Theater.** Am Montag, d. 21. d. von Mosenthal „Die deutschen Comödianten", historisches Gemälde in 5 Akten. Das Süjet des mit einem Preis gekrönten Stücks, ein Bild aus dem deutschen Schauspielerleben, vor mehr denn hundert Jahren, eignet sich mehr für eine Novelle als für das Drama. Auch wird das Stück, gerade rücksichtlich seines Stoffes, nie eine Wirkung ausüben, obschon es demselben an ergreifenden Scenen nicht fehlt. Das Interesse, nemlich die Hebung des deutschen Schauspiels, für welches der Held des Stückes leidet und sich opfert, liegt, weil es seine Geltung erlangt hat, der Gegenwart zu fern, als daß das heutige Theater-Publikum in seiner überwiegenden Mehrzahl dem Helden sich theilnehmend zuwenden könnte. Die Aufführung war durchweg anerkennenswerth. Indem wir uns ein ausführliches Referat über die einzelnen darstellenden Kräfte vorbehalten, bemerken wir heute, daß die bisher aufgeführten Stücke gut einstudirt, sowie die einzelnen Partien angemessen vertreten waren. Die zeitige Gesellschaft des Herrn M. ließ Eifer, aber auch technische Befähigung für die ihr seiteus der Direktion gestellten Aufgaben wahrnehmen. Hoffentlich wird es so die ganze Theater-Saison hindurch bleiben. Schließlich theilen wir mit, daß die Aufführung von „Der Jesuit und sein Zögling" am Dienstag, d. 22. d. sehr gefallen haben soll.

Handels-Nachrichten.

Amsterdam, 21. Dezember. Weizen stille. Roggen unverändert.

London, 21. Dezember. Englischer Weizen einen Schilling niedriger, fremder Weizen vernachlässigt, flau.

Berlin, 22. Dezember. Weizen war wenig beachtet, aber auch nur schwach offerirt. — Von disponiblem Roggen waren reichliche Offerten am Markt, die jedoch — gegenüber mäßiger Kauflust — selbst zu etwas niedrigeren Preisen nur schwerfällig unterkamen.

Danzig, 22. Dezember. Käufer ziehen sich immer mehr vom Weizenmarkt zurück, und selbst zu recht billigen Preisen konnten heute nur 50 Last mühsam untergebracht werden. Bezahlt für 124/5pfd. bunt fl. 355, 126pfd. desgl. fl. 365, 130pfd. bunt fl. 372, fl. 375, 132pfd. bunt fl. 385, 131, 132pfd. hellbunt fl. 390, fl. 395, 130/1pfd. hochbunt fl. 400, 133/4pfd. glasig fl. 410, Alles per 85pfd. — Roggen fest. 123pfd. fl. 222, 126pfd. fl 228, 128pfd. fl. 231, Alles per 125pfd. — Spiritus heute nicht gehandelt.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 22. Dezember. Temp. Wärme 0 Grad. Luftdruck 27 Zoll 8 Strich. Wasserstand 1 Fuß unter 0.
Den 23. Dezember. Temp. Kälte 4 Grad. Luftdruck 27 Zoll 9 Strich. Wasserstand 1 Fuß unter 0.

Briefkasten.

Was ist Daubitz bei Hämorrhoidal-Leiden, was Goldberger bei Rheumatismus? Nichts. — Das einzig Wahre gegen Rheumatismus ist: wenn man beim Schmidt-Schmidt — Copernicus- und heiligen Geiststraßen-Ecke gegen den Pfahl mit dem daran befindlichen Eisen, im Dunkeln, wenn Mondschein im Kalender steht und in Folge dessen kein Gas brennt, anrennt. Probatum est, und zu empfehl n. Mein Rheumatismus, an dem ich seit 3 Monaten gelitten, ist vollständig weg. A. W.

!! Bei nur kurzem Aufenthalt !!

Fußleiden jeder Art heile ich in wenigen Minuten für immer und in strengsten Sinne der Wahrheit, vollkommen blut und schmerzlos. Besonders empfehle ich:

Heilsalbe die veraltete Geschwüre und die gefährlichsten Wunden in einer sehr kurzen Zeit heilt. Diese Salbe, wird unentgeltlich verabfolgt, Embalage wird nur mit einer Kleinigkeit berechnet.

Frostsalbe hemmt bei bequemer Anwendung sofort das lästige Jucken der sogenannten Winterbeulen, heilt jedes Froftübel aufs schnellste und radical, sowie

Kreosotin I. und II. Ballen und Hühneraugencerat nebst genaueren Gebrauchsanweisungen. Bestellungen der obigen Präparate werden nach außerhalb gegen genauer Beschreibung auf's Beste ausgeführt. Bestellungen zur Behandlung außer meiner Wohnung werden Tages zuvor entgegengenommen.

Sprechstunden von Vormittags 9—1 Uhr und Nachmittags von 2—7 Uhr.

Ludwig Oelsner's Ww. Fußärztin,

Altstädtischer Markt No. 300, im Hause der Tarrey'schen Conditorei, 2 Treppen hoch, bei Herrn Julius Louis Kalischer.

Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft.

Directe Post-Dampfschifffahrt zwischen

Hamburg und New-York,

eventuell **Southampton** anlaufend, vermittelst der Post-Dampfschiffe

Teutonia, Capt. Haack,	am 26ten Dezember,	Saxonia, Capt. Trautmann, am 6ten Februar.
Germania, „ Ehlers,	am 9ten Januar,	Hammonia, „ Schwensen, am 20ten Februar.
Bavaria, „ Taube,	am 23ten Januar.	Borussia, „ Meier, am 5ten März

Fracht L. 2. 10 für ordinaire, L. 3. 10 für feine Güter pr. ton von 40 hamb. Cubicfuß mit 15% Primage

	Erste Kajüte.	Zweite Kajüte.	Zwischendeck.
Passagepreise:	Pr. Crt. Rthlr. 150,	Pr. Crt. Rthlr. 100,	Pr. Crt. Rthlr. 60.

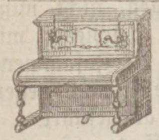
Näheres bei dem Schiffsmakler August Bolten, Wm. Miller's Nachfolger, Hamburg sowie bei dem für den Umfang des Königreichs Preußen concessionirten und zur Schließung gültiger Verträge für vorstehende Schiffe nur ausschließlich allein bevollmächtigten General-Agenten

H. C. Platzmann in Berlin, Louisenstraße 2.

und den dessen Seits in den Provinzen angestellten und concessionirten Haupt- und Spezial-Agenten.

Reine **Eau de Cologne** Flaschen à 8 Pf. kauft

L. Horstig.



Als werthvolle

Weihnachtsgeschenke

empfehle ich ein Pianino von klangvollem Ton und von sehr solider schöner Bauart, ebenso ein tafelförmiges Fortepiano von kräftigem und schönem Ton.

Ernst Lambeck.

Mein großes Lager jeder Art

Herrenstiefel,

von mir selbst gefertigt, empfehle zur gefälligen Beachtung. Lackirstiefel passend zum Festgeschenk, verkaufe ich, um damit zu räumen unter Garantie zu sehr billigen Preisen.

Ferner empfehle ich den geehrten Damen gefütterte Zeuggamaschen, Pelzstiefelchen, Lackirstiefelchen mit Doppelsohlen zu billigen Preisen. Auf Bestellung wird jede in mein Fach schlagende Arbeit prompt und reell, und namentlich zu den billigsten Preisen ausgeführt.

David Lilienthal.

Brückenstraße Nro 8.

Eine von mir gearbeitete, und vollständig mit schönen Topf-Gewächsen besetzte

Blumenfontaine,

Werth, ohne Topf-Gewächse Thlr. 40, bin ich Willens am Neujahrs-Nachmittage im Wieser'schen Kaffeehause öffentlich zu verloosen. Den Ertrag dieser Verloosung überweise ich dem hiesigen Hilfs-Fonds für Schleswig-Holstein und hoffe ich, daß das geehrte Publikum meiner Einladung zur Entnahme von Loosen für diesen Zweck nachkommen wird.

Am 3. Feiertage schon steht die Fontaine zur Ansicht aus.

Loose à 10 Sgr. und die Liste halte ich als auch Herr Wieser bereit.

Meinass,
Klempnermeister.



Ein Flügel

steht unter sehr guten Bedingungen zu verkaufen. Culmerstr. Nr. 341.

250,000 Gulden

Haupt-Gewinn der Ziehung am kommenden 2. Januar

des Eisenbahn- und Dampfschiffahrt Anlehens.

Der Verkauf dieser Anlehensloose, ist in allen Staaten gesetzlich erlaubt.

Hauptgewinne des Anlehens sind: 21 mal **250,000** fl. — 71 mal **200,000** fl. — 103 mal **150,000**, fl. — 90 mal **40000** fl. — 105 mal **30,000** fl. — 90 mal **20,000** fl. — 105 mal **15,000** fl. und 2060 Gewinne von 5000 fl. bis abwärts 1000 fl., und der geringste Preis, den mindestens **jedes Obligations Loos** erzielen muß, ist 145 Gulden. — Kein anderes Unternehmen bietet demnach mit einer ungewöhnlich einladenden Spiel-Chancen noch so große und viele Gewinne, verbunden mit den sichersten Garantien.

Ein Loos für obige Ziehung kostet Thlr. 2 —
Sechs Loose zusammen nur . . . 10 —

Pläne werden Jedermann auf Verlangen **gratis** und **franco** übersandt, ebenso Ziehungslisten gleich nach der Ziehung. Durch unterzeichnetes Handlungshaus werden gefl. Austräge gegen Baarsendung oder Postnachnahme prompt ausgeführt.

Jacob Lindheimer jr.

Staats-Effecten Handlung in Frankfurt a/M.

Raummangel nöthigt mich, alle bis zum 1. Januar 1860 reponirten Acten der Vernichtung zu übergeben, falls dieselben nicht in 4 Wochen von den resp. Herrn Mandanten abgeholt werden sollten.

Der Justiz-Rath Kroll.

Ein geräumiger, gewölbter, trockner **Keller** ist zu vermiethen.

Hermann Wechsel.

In allen Buchhandlungen ist zu haben, in Thorn bei Ernst Lambeck:

Rathgeber für Männer
in Schwächezuständen
Oder Sichere Hülfe
gegen
unnatürliche Kraftlosigkeit.
von einem praktischen Arzte und Großh. Sächs. Medicinalbeamten.
Preis 7½ Sgr.

Leipzig.
Produkten Commissions-Geschäft
von
I. W. Lustig

empfiehlt sich der resp. Geschäftswelt. Gewährt bei Consignationen Vorschüsse. Correspondenz franko.

Theater in Thorn.

Freitag, den 25. Dezember. Zum ersten Mal: „Herzog Albrecht" und „Agnes Bernauerin" oder „Fürst und Bürgerstochter." Historisches Schauspiel in 5 Akten von Melchior Meyr.

Sonnabend, den 26. Dezember. Zum ersten Mal: „Unruhige Zeiten" oder „Lietzes Memoiren", Zeitposse mit Gesang in 3 Abth. und 8 Bildern von Emil Pohl (in Berlin 140 Mal aufgeführt.) Musik von Conradi.

Sonntag, den 27. Dezember. Zum zweiten Mal: „Unruhige Zeiten"

Montag den 28. Dezember. Zum ersten Mal: „Die Verschwörer". Lustspiel in 3 Abth. von Herzog Ernst von C. — Hierauf zum zweiten Mal: „Der Juristentag". Posse mit Gesang in 1 Akt von Kalisch. Musik von Conradi.

Den 25., 26. und 27. Dezember beginnt das Theater um 6 Uhr.

J. C. F. Mittelhausen,

Es predigen:

Am heil. Abend, den 24 Dezember.
In der evangelisch-lutherischen Kirche.
Christnachtsfeier: Nachmittags 4 Uhr Herr Pastor Rehm.

Am 1. heil. Weihnachtsfeste den 25. Dezember.
In der altstädtischen evangelischen Kirche.
Vormittags Herr Pfarrer Gessel. (Kollekte an beiden Feiertagen Vor- und Nachmittag für das hiesige Waisenhaus.
Militär-Gottesdienst 12 Uhr Mittags Herr Garnisonprediger Eilsberger.
Nachmittags Herr Pfarrer Markull.
In der neustädtischen evangelischen Kirche.
Vormittags Herr Pfarrer Dr. Güte.
Nachmittags Herr Pfarrer Schnibbe.
In der evangelisch-lutherischen Kirche,
Vormittags 9 Uhr Herr Pastor Rehm.

Am 2. heil. Weihnachtsfeste den 26. Dezember.
In der altstädtischen evangelischen Kirche.
Vormittags Herr Pfarrer Markull.
Militairgottesdienst fällt aus.
Nachmittags Herr Pfarrer Gessel.
In der neustädtischen evangelischen Kirche.
Vormittags Herr Pfarrer Schnibbe.
Nachmittags Herr Pfarrer Dr. Güte.
An beiden Feiertagen Vor- und Nachmittags Kollekte für das hiesige Waisenhaus.
In der evangelisch-lutherischen Kirche.
Vormittags 9 Uhr Herr Pastor Rehm.

Am Sonntag nach Weihnachten, den 27. Dezbr.
In der altstädtischen evangelischen Kirche.
Vormittags Herr Pfarrer Markull.
Mittags 12 Uhr Beichte u. Abendmahlsfeier Herr Garnisonprediger Eilsberger.
Nachmittags Herr Pfarrer Gessel.
In der neustädtischen evangelischen Kirche.
Vormittags Herr Pfarrer Dr. Güte.
Nachmittags Herr Pfarrer Schnibbe.

Avis!

Wegen des Festes erscheint die nächste Nummer d. Bl. am Dienstag den 29. d. — Etwaige Nachrichten von besonderer Bedeutung werden wir durch ein Extrablatt mittheilen.

Die Redaction.

Verantwortlicher Redakteur Ernst Lambeck — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei.